Nr. 293
Parfüm Elenora
Parfümerie Schwarz
Dauerwäsche
Knoke & Dreßler
Tanzpalast Blumensäle
Die große Damen-Schönheits-Konkurrenz
Ball-Abend
Dienstag Ball
Ballhaus „Die blinden"
Das Neue Welt
Sachsenruhe
erstklass. Musikkorps
Zigaretten
Schlager o. M. 15 Pf.
Lager
Rauchtabak
Pfund M. 18.50
Christbäume
Fichten-Christbäume
Kohlenbahnhof
Hartmann
Christbäume
Christbäume!

Nr. 294 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 2. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. **Einzelnummer 30 Pf.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Naht Polens Ende?

Die Nachrichten mehren sich, die von gewaltigen Rüstungen Sowjetrußlands für einen neuen Winterfeldzug gegen Polen berichten. Nach der Vernichtung Wrangels werfen die Bolschewisten ihre Truppenmassen mit großer Heimlichkeit in endlosen Eisenbahnzügen wieder nach der polnischen Front. Bei dem großen Eisenbahnmangel Rußlands darf man annehmen, daß hinter diesen gewaltigen Anstrengungen weiterreichende Pläne der Sowjetregierung stehen. Es scheint, daß die Bolschewisten schon jetzt den Augenblick für gekommen erachten, die polnische Barriere einzureißen, die sie von Westeuropa trennt und die in der Tat für jeden russischen Staat, wie immer er geleitet sein mag, unerträglich ist.

Zu diesem Entschluß der Russen hat offenbar nicht nur die Niederlage Wrangels beigetragen, sondern in noch viel höherem Grade die unersättliche polnische Ländergier, die von Frankreich systematisch genährt und gefördert wird. Der französische Imperialismus hat auch im Osten ein großes Ziel. Er will, daß Polen so großmächtig ist, daß es sich wie ein ungeheurer Block zwischen Rußland und Deutschland legt und eine direkte Verbindung dieser beiden natürlichen und geschichtlichen Bundesgenossen unmöglich macht. Die Frage ist nur die, ob selbst das heutige vom Siegerübermut geschwollene Frankreich imstande ist, dieses gewaltige Ziel zu erreichen. Es ist in der Politik nicht klug, mit Hartnäckigkeit ein Ziel zu verfolgen, dem die eigenen Kräfte nicht gewachsen sind oder das einen allzu starken Widerstand des Gegners hervorrufen muß.

Wenn es den Lenin und Trotzki noch einmal gelingt, die gewaltigen Bärenkräfte des russischen Volkes zu einem gewaltigen Schlage der Verzweiflung gegen den polnischen Raubstaat zusammenzufassen, dann wehe Polen! Seitdem es den polnischen Truppen mit Hilfe der französischen Milliarden gelang, die bolschewistischen Heere, die allzu kühn und unbesonnen auf Warschau losrückten, zurückzuschlagen, hat sich die Lage Polens gewaltig zu seinen Ungunsten verändert. Das polnische Volk ist zweifellos in allen seinen Schichten der ewigen Eroberungskriege müde. Die inneren Parteikämpfe und die Unmöglichkeit einer dauerhaften Regierungsbildung haben den inneren Zusammenhalt des jungen Polenstaates geschwächt. Je weiter sich seine Grenzen ausdehnten, desto mehr mußte er zur Unterdrückung fremder Nationalitäten schreiten, in denen er sich dadurch erbitterte Feinde schuf. Dazu kommt die wirtschaftliche Verelendung und der unaufhaltsame finanzielle Bankrott des Landes. Ohne die französischen Milliarden wäre der polnische Zusammenbruch schon längst zutage getreten und die Kräfte Polens hätten gar nicht mehr zu den kriegerischen Erfolgen gegen Sowjetrußland ausgereicht. Aus zuverlässiger Quelle wurde kürzlich erst mitgeteilt, daß Frankreich Polen bisher rund 40 Milliarden Goldmark vorgeschossen hat und daß die Polen jetzt einen weiteren Vorschuß von 20 Milliarden Goldmark verlangen. Und Frankreich, d. h. der französische Imperialismus, soll entschlossen sein, auch dieses Opfer für seine Weltmachtpläne im Osten zu bringen.

Aber Frankreich wird seine Milliarden von Polen ebensowenig zurückerhalten wie die früher dem russischen Zarismus geliehenen. Es hat also nur das eine Ziel erreicht, Polen als willenloses Werkzeug seiner Pläne an seiner Seite zu sehen. Durch den polnischen Raubzug nach Litauen, das die einzige schmale Brücke zwischen Rußland und Deutschland ist, dürfte die Moskauer Regierung noch einmal zu einem gewaltigen Ansturm gegen den polnischen Erbfeind gezwungen sein. Polens zermürbte Kräfte sind einem kräftigen Gegner nicht mehr gewachsen und die militärische Hilfe Frankreichs würde im Ernstfalle, wie bei Wrangel, zu spät eintreffen. Wenn das russische Volk wirklich mit allen Kräften den Durchbruch nach Westen versucht, droht Polen das Schicksal Serbiens im Herbst 1915. Am Tage der Volksabstimmung in Oberschlesien werden vielleicht schon kriegerische Entscheidungen gefallen sein, die es selbst den oberschlesischen Polen wenig ratsam erscheinen lassen werden, sich mit dem polnischen Reichtum zu verbinden.

Die russischen Vorbereitungen

× Kopenhagen, 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Riga berichten aus Rußland eingetroffene Augenzeugen, daß an der polnischen Front umfangreiche russische Truppenzusammenziehungen stattfinden. Die Truppen werden in aller Stille in Eisenbahnzügen an die polnische Front abgeschickt. Die Stationen unterwegs sind während der Zeit abgesperrt, in der die Züge die Stationen passieren, um zu verhindern, daß Privatpersonen einen Einblick in die Truppenbewegungen erhalten.

Die Verhandlungen in Riga

O. E. **Warschau**, 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Warschauer Blätter bringen eine anscheinend inspirierte Meldung, in der die Möglichkeit einer neuen Unterbrechung der Rigaer Friedensverhandlungen erörtert wird. Als Grund wird angegeben, daß die Verhandlungen durch die Taktik der Sowjetdelegation erschwert und in die Länge gezogen würden. Im Falle einer Unterbrechung würde Dombski mit einem Teile der polnischen Delegation nach Warschau zurückkehren, um die Lage mit der polnischen Regierung persönlich zu besprechen.

Die Reste der Wrangelarmee

× **Paris**, 1. Dezember. Wie „Petit Parisien" aus Marseille meldet, werden von dort aus zwei große Passagierdampfer nach Konstantinopel abgehen, um zwei Detachements der Armee Wrangels und Einwohner der Krim abzuholen, die vorläufig in Indien und Tunis untergebracht werden sollen.

a. **Basel**, 1. Dezember. Im Hafen von Cattaro sind nach einer Meldung des römischen „Tempo" bereits 4000 Soldaten der Armee Wrangels eingetroffen. Die französische Regierung hat in Belgrad Schritte unternommen, daß die Südslawen noch weitere 10000 Soldaten Wrangels aufnehmen.

Waffenstillstand vor Wilna

× **Kowno, 1. Dezember. Der Waffenstillstandsvertrag ist am 27. November in Kowno unterzeichnet worden. Somit wurden die Feindseligkeiten zwischen der litauischen Armee und der Armee des Generals Zeligowski gestern eingestellt. Die polnische Regierung gibt die offizielle Garantie, daß General Zeligowski den Waffenstillstand einhalten wird.**

Der Völkerbund

Nach achttägiger Unterbrechung hielt Dienstag vormittag die Völkerbundsversammlung wiederum eine Vollsitzung ab, zu deren Beginn Präsident Hymans das Bedauern der Versammlung ausdrückte darüber, daß Tittoni aus Gesundheitsrücksichten nach Italien hat zurückkehren müssen. Da die polnisch-russische Frage infolge der Behinderung Barnes' auf Freitag verschoben wurde, begann die Versammlung mit der Beratung des Geschäftsreglements. Dabei berichtete Ferrari über die Arbeiten der Kommission und betonte, daß die Bestimmungen des Reglements auf dem Grundsatze beruhen, daß die Mitglieder des Völkerbundes die Grundlage der ganzen Völkerbundsorganisation bilden und daß die Versammlung die souveräne Macht des Völkerbundes darstellt, welche dennoch zeitweise unterbrochen wird, und endlich, daß der Völkerbundsrat die ständige Macht darstellt, deren ausführende ständige Organisation das Generalsekretariat bildet. Wenn die Versammlung zusammentritt, geht die volle souveräne Macht an sie über. Sie versammelt sich jedes Jahr einmal am ersten Montag des Septembers. Während der Zeit, in welcher die Versammlung nicht tagt, übt der Völkerbundsrat ihre Funktionen aus und hat insbesondere die Ausführung ihrer Beschlüsse anzuordnen. Der Rat behält sich das Recht vor, durch eines seiner Mitglieder ebenfalls in die Debatte der Versammlung einzugreifen und Aufklärungen abzugeben. Das Generalsekretariat hat als Exekutivorgan die Meinung der Mitglieder des Völkerbundes über die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung einzuholen.

Auf der Völkerbundsversammlung teilte Balfour als Präsident der Geschäftsordnungskommission mit, daß die Kommission aus praktischen Gründen die Beschränkung auf die französische und englische Sprache als wünschenswert ansieht. Ischii-Japan betonte, daß Japan dem Völkerbunde die größte Bedeutung beimesse, weil es von ihm die Beseitigung jeder aggressiv-kriegerischen Politik erwartet. Er bedauerte, daß der Völkerbundsrat die Proklamierung der Gleichheit aller Rassen abgelehnt habe. Auf eine Erörterung dieser Frage verzichte er nun, um die Einheit der Versammlung nicht zu stören. Er hoffe aber, daß der Völkerbund später die Gleichberechtigung der Rassen proklamieren werde. Die Versammlung nahm dann die einzelnen Bestimmungen des Reglements einstimmig an.

Deutschlands Ueberwachung

zz. Berlin, 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Auf Grund zahlreicher Anzeigen hat die Ententeüberwachungskommission gestern eine neue Reise durch die deutschen Industriegebiete angetreten, um die Verwendung von ablieferungspflichtigen Maschinen und Maschinenteilen aus den besetzt gewesenen französischen und belgischen Gebieten festzustellen.

Die neue Sühnenote

zz. Berlin, 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Ein Havas-Kommentar begleitet die neue Sühnenote an Deutschland damit, daß die Alliierten bei Erfüllung ihrer Forderung durch Deutschland innerhalb acht Tagen gewärtig blieben, im andern Falle sie zu neuen Zwangsmaßnahmen zu schreiten entschlossen seien.

„Nordstern" und „Bodensee"

× **Berlin**, 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Wie von zuständiger Seite erklärt wird, sollen die Luftschiffe „Bodensee" an Italien und „Nordstern" an Frankreich ausgeliefert werden. Die deutsche Regierung ist bereits aufgefordert worden, die nötigen Anweisungen zur Uebergabe zu erteilen und anzugeben, wann das erste Schiff zur Uebergabe bereit sein wird. Hier liegt offensichtlich der Versuch eines neuen Verfahrens seitens der Entente vor. In einer Angelegenheit, die nach einer andern Rechtsauffassung erst zu entscheiden ist, geht es nicht ohne weiteres an, daß die Entente ihren Willen einfach zum Gesetz erklärt. Selbst in der Angelegenheit von Scapa Flow ist keine Entscheidung getroffen worden, ohne daß dies von Deutschland unterschrieben worden wäre. Wie aus der gestrigen deutschen Note hervorgeht, steht die deutsche Regierung hinsichtlich der am 23. Juni 1919 zerstörten fünf Luftschiffe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß sie nur bei einem schuldhaften Verhalten ihrerseits zur Verantwortung gezogen werden könnte.

Ein englisches Urteil in Köln

Vom britischen Militärgericht in Köln wurden Regierungsrat Dr. Stinnes, ein Bruder des bekannten Großindustriellen, und sein Sohn Hans wegen des Besitzes und der Aufstellung einer Anlage für drahtlose Telegraphie zu je 10000 M. Geldstrafe verurteilt. Nach dem Prozeßbericht der englischen „Cologne Post" kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß die Anlage keinen bösen Zwecken zu dienen bestimmt gewesen sei, da der Apparat nur zum Empfang von Nachrichten geeignet war. Das Gericht erblickte aber bereits hierin die Möglichkeit einer Gefährdung der Besatzungstruppen. Nur weil die Angeklagten sich lediglich einer unüberlegten Handlungsweise schuldig gemacht hätten, wurde von der Verhängung einer längeren Freiheitsstrafe Abstand genommen.

Die Besatzungsarmee

Genf, 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Pariser Blätter vom gestrigen Tage berichten aus London, daß auch die Stärke der Besatzungsarmee in Deutschland zur Erörterung gestanden habe. Das „Echo de Paris" will erfahren haben, daß die Zustimmung des englischen Premierministers für den französischen Antrag erfolgt sei, die Entscheidung der Stärke der Besatzungsarmee für alle Zeiten den militärischen Instanzen zu überlassen.

Frankfurt a. M., 1. Dezember. Die „Frankf. Zeitung" schreibt über die Kosten der Besatzungsarmee: „In der Flut des von allen Seiten hereinströmenden Materials ist ein wichtiges Dokument merkwürdigerweise bisher übersehen worden. Danach ist zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs hinsichtlich der Besetzung der Rheinprovinz ein Abkommen geschlossen worden, nach dem die alliierten Regierungen nicht darauf bestehen, daß die Zeit der Besetzung bis zur völligen Erfüllung der Entschädigungsklausel dauern solle und sich bereit erklären, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise von seinem guten Willen und befriedigende Bürgschaften für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gäbe, die Rheinprovinz schon vor 15 Jahren zu räumen. Ferner kommen die Alliierten in dem Abkommen überein, daß der jährliche Betrag der von Deutschland zur Deckung der Besatzungskosten zu entrichtenden Summe 240 Millionen Goldgulden nicht übersteigen soll. Das Abkommen wurde nicht mit Deutschland geschlossen, es bindet aber die alliierten Mächte selbst, und es kann von unsrer Seite immer wieder darauf verwiesen werden, daß zur Zeit des Friedensschlusses die Entente sich keineswegs der Ansicht verschloß, wie genau die Höhe der unproduktiven Besatzungskosten mit der deutschen Zahlungsfähigkeit in Verbindung steht.

Ein Bericht über die Skagerrakschlacht

In den ersten Revolutionstagen ist ein ergangener Bericht über die Seeschlacht am Skagerrak abhanden gekommen. „Daily Mail" meldet, im Besitze dieses Dokumentes zu sein. Die deutsche Marineleitung hat nunmehr beschlossen, den Originalbericht des Admirals Scheer zu veröffentlichen. Der Bericht soll gleichzeitig in der deutschen Presse und in der „Chicago Tribune" zur Veröffentlichung gelangen.

Die französischen Fahnen

Paris, 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Liberté" veröffentlicht einen Artikel, in welchem ausführlich und mit Belegen dargelegt wird, daß die deutsche Regierung angeblich die meisten der gemäß dem Versailler Vertrage auszuliefernden französischen Fahnen und Abzeichen nicht ausgeliefert habe. Die Insignien seien teils im Berliner Kriegsministerium, teils an unbekannten Orten versteckt. Die tatsächlich abgelieferten Abzeichen seien Ersatzstücke.

Bombenanschläge in Oberschlesien

× **Kattowitz**, 1. Dezember. Auf das Gebäude des Rybniker „Stadtblattes" wurde gestern abend ein Bombenanschlag verübt. Es wurde größerer Sachschaden angerichtet. Offenbar handelt es sich um einen Racheakt. — Vorgestern abend explodierte auf dem Bahnhofsgebäude Oberjastrzemb eine Bombe, die erheblichen Sachschaden anrichtete. Man nimmt an, daß ein Racheakt gegen den Bahnhofsvorsteher vorliegt.

Ein Aufruf an die Landwirtschaft

× **Berlin**, 1. Dezember. (Eig. Meldung.) Die der Landwirtschaft nahestehenden Abgeordneten des Reichstags, und zwar 20 Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, 10 der Deutschen Volkspartei, 8 Demokraten, 8 der Bayrischen Volkspartei, 4 des Bayrischen Bauernbundes und 2 Deutsch-hannoveraner veröffentlichen folgende gemeinsame Kundgebung:

Die deutsche Landwirtschaft erkennt an, daß die Regierung die Zwangsbewirtschaftung auf vielen Gebieten der landwirtschaftlichen Erzeugung aufgehoben hat. Diese Aufhebung bedeutet die Einsetzung der Landwirte dafür, daß der Rest der Zwangsbewirtschaftung ordnungsgemäß durchgeführt wird. Dadurch allein kann die Möglichkeit gesichert werden, daß auch der Rest der öffentlichen Bewirtschaftung in absehbarer Zeit zur Aufhebung kommt. Wir richten dementsprechend die Bitte an die deutschen Landwirte, alles zu tun, um der gesetzlichen Ablieferungspflicht zu genügen. Anderseits muß die Reichsregierung dafür eintreten, daß die Landwirte gegen diejenigen, die sie zu verführen suchen, die Erntebestimmungen zu umgehen, geschützt werden. Die unterzeichneten Abgeordneten des Reichstages werden ihrerseits mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß die Regierung diesem Verlangen gerecht wird. Deutsche Landwirte! Sorgt dafür, daß die Anforderungen, die durch die Zwangsbewirtschaftung auf dem Ernährungsgebiet noch bestehen, erfüllt werden, und geht dadurch dem deutschen Volke mit bestem Beispiele in der Wiederherstellung der normalen Gesetzgebung voran!

Dieser Aufruf bildet das erste Ergebnis der Mahnung, die Reichsernährungsminister Dr. Hermes vorgestern auf der Konferenz mit den landwirtschaftlichen Organisationen ergehen ließ.

Die Ernährungslage Deutsch-Oesterreichs

Der österreichische Bundesminister für Volksernährung erklärte vor Vertretern der Wiener Presse, daß durch die von der Schweiz und Deutschland gewährten Vorschüsse an Getreide von 300 und 600 Waggons eine Besserung des Brotes ermöglicht und eine Kürzung der Brot- und Mehlquanten vermieden werden könne. Die Gesamteinnahmen aus dem Inlandsbedarf an Brot und Mehl betrügen nur 8 Milliarden, so daß der Staat über 18 Milliarden Kronen zuzahlen müsse.

Amerikanische Reise

Von unserm Sonderberichterstatter **Colin Ross**

XXX.

Die Salpeterstadt

Antofagasta, im Juni

Der erste Eindruck: Stadt und Hafen haben an dieser Stelle keine Existenzberechtigung. Eine offene Reede, gegen den Strand zu schwarze Klippen, über die schäumend weiße Brecher toben. Man wird ausgebootet wie fast in allen chilenischen Häfen, fährt an Prahmen und Leichtern vorbei, die vollbesetzt sind mit Pelikanen und Möwen, passiert die Klippen und sieht sich plötzlich umgeben von Rudeln spielender Seehunde, die so dicht das Boot streifen, daß es fast kentert.

Auf dem engen Raume zwischen Meer und Berg führen breite, schnurgerade Straßen senkrecht gegen den Fels. Von der See sieht es aus, als liefen Sturmkolonnen die steinernen Wälle an. Mit einem Blick übersieht man Stadt und Straßen. Es ist ein sonderbarer Anblick, wie saubere, breite, asphaltierte Straßen plötzlich enden, und dann kommt nichts als glatte, steile, sonnendurchglühte Steinwand.

Wo heute eine moderne europäisch-amerikanische Stadt mit 65000 Einwohnern steht, lebten vor 50 Jahren nur ein paar indische Fischer. Man bedarf keines Reiseführers, um zu wissen, in welch hohem Maße das alles künstliche Schöpfung ist, einzig und allein auf dem kostbaren Gut beruhend, das die trostlose Wüste des Hinterlandes liefert, dem Salpeter.

„Te Ratanpuro", „Te Dulcinea", in haushohen Lettern sind Reklamen auf die steilen Felswände gekalkt wie ein Wahrzeichen für diese Stadt, die nichts kennt als Geschäft, Geschäft, Geschäft. Wenn man aus dem Süden des Landes kommt, möchte man zweifeln, daß diese so ganz andersartige Stadt auch zu Chile gehört. Sie wirkt vielmehr wie eine der Städte im Süden der Union, denen die Mischung von angelsächsischer und hispano-amerikanischer Kultur ihr charakteristisches Gepräge gibt.

Dieser Eindruck wird verstärkt, wenn man die Straßen durchwandert. Angelsächsische Sauberkeit und Akkuratesse, aber auch angelsächsische Langeweile und Eintönigkeit. Straßen und Läden, wie sie ebensogut in jeder Londoner Vorstadt stehen könnten. Die blumen- und palmenumstandene Plaza, die in keiner mittel- oder südamerikanischen Stadt fehlen darf, wirkt hier fast fremdartig, als gehöre sie nicht zwischen diese sauberen, langweiligen Straßen, in denen sich ein englisches Geschäftsschild an das andre reiht.

Die Deutschen, die in Süd- und auch in Mittelchile eine so maßgebende Rolle im Wirtschaftsleben des Landes spielen, treten hier gegenüber den Angelsachsen völlig zurück. Dagegen nehmen die Slawen eine hervorragende Rolle ein, und zwar vor allem Südslawen ehemals österreichischer Nationalität: Kroaten, Dalmatiner, daneben auch Serben und Montenegriner. Eine Reihe großer Firmen und Salpeteroffizinen ist in ihren Händen. Darüber hinaus aber sind sie durch die ganze Pampa Salitrera bis an die bolivianische Grenze vor allem als Wirte und Hoteliers verstreut.

Gerade diese Slawen an der Westküste Südamerikas haben im Weltkriege sehr bald, größtenteils von seinem Beginn an, eine feindliche Haltung gegen den Staat eingenommen, dem sie offiziell angehörten. Sie richteten ein eigenes jugoslawisches Paßbureau ein und noch heute stößt man als Deutscher im Verkehr mit ihnen auf einige Schwierigkeiten, wenn sich auch ihr ganzer Haß noch immer gegen das entschwundene Oesterreich und gegen — Italien richtet.

Antofagasta ist bolivianischer Freihafen. Hier ist eine bolivianische Zollbehörde und der Im- und Export Boliviens geht zollfrei über diesen chilenischen Hafen. Dies ist das einzige, was Bolivien von dieser einst ihm gehörigen Stadt und der ganzen reichen Provinz Antofagasta geblieben ist.

Chile dagegen ist billig genug zu dieser Stadt gekommen, die ihr heute allein an Zöllen täglich 180 Peso Gold einbringt. Als Bolivien einen Ausfuhrzoll auf den von Chilenen auf seinem Territorium ausgebeuteten Salpeter legte, landete Chile im Jahre 1879 kurzerhand 200 Soldaten, die die bolivianische Behörde vertrieben und die Stadt in Besitz nahmen. Damit wäre der Kampf um die Provinz Antofagasta eigentlich erledigt gewesen, wenn jetzt nicht Peru eingegriffen hätte und auf die Seite Boliviens getreten wäre. Dieses Eingreifen kostete die Peruaner, nachdem sie bei Iquique und Tacna geschlagen und die Chilenen in ihre Hauptstadt Lima einmarschiert waren, die Provinzen Tarapaca und Tacna-Arica. Erstere ist wertvolles Salpeterland, letztere eine wichtige strategische Position. Seitdem ist das Verhältnis zwischen Peru und Chile ähnlich wie das Frankreichs zu Deutschland, und Tacna-Arica wird vielleicht in Südamerika eine ähnliche Rolle spielen wie Elsaß-Lothringen in Europa.

Antofagasta aber ist unbestrittener Besitz Chiles, nachdem sich Bolivien völlig mit seinem Verlust ausgesöhnt hat und neuerdings auch in der Streitfrage von Tacna-Arica auf die Seite Chiles getreten ist.

Führen die schwebenden Verhandlungen zwischen Chile und Bolivien zu einem Abschluß, nach dem Bolivien einen eigenen Hafen am Pazifik in der Gegend von Tacna erhalten soll, so wird Antofagasta zwar den bolivianischen Transitverkehr verlieren, aber doch kaum an Bedeutung einbüßen; denn die rapid an Bedeutung zunehmende Minenindustrie in der Pampa, vor allem die Kupferausbeute von Chuquicamata, dann aber auch die Silber-, Gold- und Schwefelminen werden die Verluste reichlich wettmachen.

Antofagasta ist eine Männerstadt und eine Stadt, in die man nur geht, um Geld zu machen. Einige Kinos und Kneipen befriedigen die kulturelle und Vergnügungsseite des Lebens. Kein Bad am Strand, kein Segelsport. Meer wie Fels scheinen gleicherweise unwirtlich. Kein Spaziergang, kein Garten, und fast wirkt es wie ein grotesker Witz, wenn man auf dem Felsen über dem kümmerlichen, fast nur angedeuteten Garten der Quinta Corriso, eine Wegstunde von der Stadt entfernt, liest: „Schönster Ausflugsort Antofagastas." Nach einigen Tagen Aufenthalt verläßt man gerne diese Stadt und vergißt dabei ganz, daß sie Zehntausenden, die in der trostlosen Pampa ein einsames Leben führen, Verkörperung alles Luxus, alles Vergnügens, aller Kultur ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201202/1